

Halle-Zeitung
Landeszeitung für die Provinz Sachsen
1703 für Anhalt und Thüringen. 1928

Abonnementpreise: monatlich 2 G.-M., bei 2maliger Auslieferung 2 G. 50.-M., aus-
wärtigen Postgebühren... Halle-Saale Mittwoch, 21. März 1928

Maschinengewehre gegen schlesische Bauern!

Die „Freiheit“, die sie meinen!

Wer sich als Nichtgenosse gegen Ausplünderung und Untergang wehrt, ein
Rebell. — Welches Geschrei, wenn Maschinengewehre gegen Genossen
angefahren worden wären?!

Der „Landmann“ meldet:
Kimpfisch, 20. März.
Schärflich der gestern nachmittag in Langenöls (Kreis Kimpfisch)
veranstalteten Zwangsversteigerungen auf landwirtschaftlichen
Gütern hatten sich etwa 1000 Bauern aus dem Kreisen Neuhau-
sen und Kimpfisch angeammelt, die durch Sünden von Liebera auf
den Versteigerungspätzen die Hände von Geboten zu verhindern
suchten.

Der Landrat des Kreises Kimpfisch hätte ein Schutzpolizei-
kommando von 20 Mann nach Langenöls entsandt, die mit dem
Gummistoppel gegen die Bauern vorgehen. Es gab mehrere
Verstöße. Als sich der Tumult immer mehr steigerte, weil
ein bekannter Führer der Landwirte verhaftet werden sollte, ließ
der befehlshabende Offizier die Maschinengewehre anfahren und
die Karabiner laden. Angesichts dieser ersten Lage wurden die
weiteren Zwangsversteigerungen abgebrochen und somit ein Blut-
vergießen in letzter Minute vermieden.

Der Sowjetstern droht
zu erbleichen

Die U. D. R. ein kommunistischer Korruptionsherd. — Betrüger-
liche Auflösung der Reichsämter. — Inverträgliche Scheidung mit
Kriegsgegnern. — Die U. D. R. eine Futterlieferung kommunistischer
Hilfskisten. — Der jetzige Vorsitzende und der Direktor haben zu
verhandeln. (Schluß).

Bemerkenswert ist hierbei noch, daß der jetzige Wahlleiter
Kleinmann bei der Wahl der Vertreter zum Vorstand der U. D. R.
1925 die Vorzugsliste der Sozialdemokratischen Partei für un-
gültig erklärt und zur Wahl nicht zugelassen hat, weil angeblich
die Mitglieder nicht den Bestimmungen der Wahlordnung ent-
sprachen. Auch bei den Wahlen der Arbeitgeber am 15. De-
zember 1927 hat der Wahlleiter Hunderte von Wählern mit ganz
besonderem Verzug auf die Wahlordnung nicht zugelassen. Damit
ist doch mit aller Deutlichkeit zu erkennen gegeben, daß die Wahl-
ordnung unbedingt bindend ist, wenn es gilt, kommunistische In-
teressen zu fördern. Sollte die Liste der deutschen Gewerkschaf-
ten diese Mängel aufweisen, oder hätte auch nur das Zügel-
band über dem sie gefehlt, tatsächlich wäre diese Liste von demselben
Wahlleiter für ungültig erklärt und zur Wahl nicht zugelassen.

Die Milliardenbelastung
der Landwirtschaft

Der Reichsernährungsminister im
Haushaltsausschuß des Reichstages

Berlin, 20. März.
Im Haushaltsausschuß des Reichstages haben heute
die Beratungen über die Denkschrift des Reichsernährungs-
ministers zum landwirtschaftlichen A-Programm begonnen.
In diesen Beratungen wird darüber entschieden werden
müssen, ob das landwirtschaftliche A-Programm in der vom
Reichstag verabschiedeten und zum Teil auch in den Haushalts-
kommissionen beschlossenen Form durchzuführen, oder ob die Verträge
des Reichs mit den Ländern, und das Zentrum, Änderungen
an dem Programm durchzuführen, zum Scheitern des ganzen
A-Programms führen.

Starkes Bild über die wirtschaftliche Not der Landwirtschaft gab.
Nach der Darstellung der von der Regierung beschlossenen Maßnahmen
erklärte der Reichsernährungsminister, daß
die Belastung pro Hektar in der Landwirtschaft heute 60 Mark
betrage, daß das Institut für Konjunkturforschung die Verluste
allein in der Getreidekultur mit 60 Millionen im Monat be-
rechne. Bei der Getreidehaltung der Landwirtschaft sei mit
einem jährlichen Verlust von 10 Prozent, also rund 1 Milliarde
Reichsmark, zu rechnen.
An dieser Stelle der Landwirtschaft liegen die wesentlichen
Ursachen der riesigen Marktlage vor. Die entscheidende
Hilfe könne aber nicht nur von der Reichsregierung herkommen, sie
müsse von der Wirtschaft herkommen. Es sei notwendig, den
landwirtschaftlichen Absatz auf den großen Märkten in Berlin,
das 23 Prozent des gesamten Viehwirtschafts aufnehme, und in
Hamburg, das 16 Prozent aufnehme, zu regeln.
Der Minister erklärte sich dann in seinen weiteren Aus-
führungen damit einverstanden, daß entsprechend einem gemein-
samen Antrag der Deutschnationalen und des Zentrums die
Verwendung der für die Landwirtschaft im Ernährungsgesetz vor-
gesehenen Mittel nach Maßgabe von Richtlinien erfolgen soll, die
mit Zustimmung des Reichsrats und eines Ausschusses des Reichs-
tages erlassen werden sollen, während ursprünglich beabsichtigt
war, die Verwendung der Mittel dem Ernährungsmittelrat nur
unter der Bedingung zu geben, daß ein gleichzeitiger Ausschuß des
Reichstages als Beirat sich betätige.

Das Frankreich von heute

Die Rheinlandfrage ein Handelsobjekt, mit dem es gilt, möglichst viel aus
Deutschland herauszupressen

Berlin, 20. März.
Am 15. März hat in Frankreich der Wahlkampf begonnen, bei
dem die deutsch-französische Rheinlandfrage eine Rolle spielt.
Man muß sich aber in Deutschland von dem Zusatze
nicht täuschen, daß eine „Einigkeit“ zwischen den beiden
Mächten über die Rheinlandfrage erreicht werden würde, oder
daß die sofortigen automatische Lösung der Rheinland-
frage beschleunigt würde. Der Arbeitsausschuß deutscher Ver-
treter hat in dem Zusammenhange seiner Außenministerkonferenz
„Der Weg zur Freiheit“ darauf hingewiesen, daß das Problem der Rhein-
landfrage sehr wohl in ein entscheidendes Stadium treten
könnte, und daß angesichts der äußerst aktiven Propagierung der
französischen Auffassung das deutsche Volk und seine Regierung
über den von ihnen einzunehmenden Standpunkt schlüssig
werden müßten. Wiber erwarten schnell ist die Vorarbeiten ein-
gestellt.

In seiner Nummer vom 15. März bringt nun „Der Weg zur
Freiheit“ eine wertvolle Wiedergabe der Rheinlandfrage be-
treffenden Stellen der drei Ministerreden und führt aus der Rede
Brands den folgenden Kern heraus. Man sollte sich in Deutschland
allmählich daran gewöhnen, Brand als
den Exponenten des französischen Verteidigungswillens im
Gesamten zu dem unangenehmsten Deutschen Soldaten
anzufehen.
Brands Sandrebe beweist, daß auch er ein nüt-
zlicher Redakteur und Redakteur ist, und zwar ein fran-
zösischer Redakteur, und daß auch er sich trotz Genf, Locarno
und Thoiry dem Einfluß der Denkschrift der französischen Na-
tionalisten nicht hat entziehen können. Auch für Brand ist die
Rheinlandfrage ein Handelsobjekt geworden; auch er will bei die-
sem Handelsobjekt möglichst viel herauszupressen, und zwar Geld,
Sicherungen, deutsche Rheinlandkontrolle und ein Dissozieren.
Diese Forderung wird in Deutschland vielen Änderungen einer
deutsch-französischen Verteidigungspolitik Entschärfung bereiten.
Sie kommt aber gerade noch früh genug, um zu verhindern, daß
man in Deutschland alle große Erwartungen an die französi-
schen Kommunisten setzt, oder daß man gar im deutschen Wahl-
kampf mit der Parole operiert, nur bei einer heftigen Ab-
wehrlage im neuen Reichstag kann eine Schwärzeheit im fran-
zösischen Parlament die Antwort von der bisherigen Politik gegen-
über Deutschland und damit eine für Deutschland sämtliche Er-
leichterung der Rheinlandfrage durchsetzen.

Am 15. März hat in Frankreich der Wahlkampf begonnen, bei
dem die deutsch-französische Rheinlandfrage eine Rolle spielt.
Man muß sich aber in Deutschland von dem Zusatze
nicht täuschen, daß eine „Einigkeit“ zwischen den beiden
Mächten über die Rheinlandfrage erreicht werden würde, oder
daß die sofortigen automatische Lösung der Rheinland-
frage beschleunigt würde. Der Arbeitsausschuß deutscher Ver-
treter hat in dem Zusammenhange seiner Außenministerkonferenz
„Der Weg zur Freiheit“ darauf hingewiesen, daß das Problem der Rhein-
landfrage sehr wohl in ein entscheidendes Stadium treten
könnte, und daß angesichts der äußerst aktiven Propagierung der
französischen Auffassung das deutsche Volk und seine Regierung
über den von ihnen einzunehmenden Standpunkt schlüssig
werden müßten. Wiber erwarten schnell ist die Vorarbeiten ein-
gestellt.

Bei der eingereichten Verträge hat das Reichsernährungs-
ministerium nach den neuesten Nachrichten, und ohne tatsäch-
liche Prüfung des Inhalts, nur auf Grund der Mitteilung der
U. D. R. dem Eintrich zunächst nicht stattgegeben. Damit hat
auch das Reichsernährungsamt das Recht der freien Bemessung
abgegeben, so daß wir Verzug beim Oberverwaltungsamt
eingeleitet haben.

Diese Vorgänge zeigen klar, welche unerhörte Schiedungen
von dem Reichstag und dem Reichstag gemacht werden;
aber die nun noch folgenden Vorgänge schlagen dem Volk den
Nagel ins Auge.

Der Vertreter der christlichen Gewerkschaften, welche in An-
betracht der Verhältnisse wegen ihres fortwährenden Rückgangs das beste An-
sehen genießen, haben von einem Arbeiter, welcher dem R. D. R.
Zugehörig ist, sehr nahe liegt, am 1. März, also dem Tage vor
der Wahl des Reichstages, einen Brief erhalten, dessen Inhalt
für die Verwaltung und für den Vorsitzenden der U. D. R. ganz
versteherlich ist. Dieser Arbeiter schreibt nämlich: „Recher-
chen haben mich zu dem Ergebnis geführt, daß die Reichs-
ämter, welche die U. D. R. unterstützen, nur auf Grund der
Mitteilung der U. D. R. dem Eintrich zunächst nicht stattgegeben. Damit hat
auch das Reichsernährungsamt das Recht der freien Bemessung
abgegeben, so daß wir Verzug beim Oberverwaltungsamt
eingeleitet haben.“

Der Vorsitzende der Kaffe, Karl Kleinmann und der Verwal-
tungsdirektor Karl Pfeiffer, haben dem Gesamtverband keine
Kenntnis von diesen Dingen gegeben, obwohl sie von diesen un-
angenehmsten Angelegenheiten Kenntnis haben mußten, da sie mit
dem Reichsernährungsamt in Verbindung stehen und sehr vertraulich
sind und beständig zusammen beratscheln. Das vertrauliche „Du,
Karl...“ zu dem einen und „Du, Karl...“ zu dem anderen
beträgen dies mit aller Bestimmtheit.

Durch diese ganz unerhörte Verschleierung von Tatsachen
haben der Reichsernährungsamt und der Verwaltungsdirektor sich eine
ganz unzurechnende Verantwortung aufzubladen kommen las-
sen, ja, sie haben einen Nichtanfallangehörigen bewußt staßen-
gelassen in die Hand gepreßt und dadurch die U. D. R. geschädigt.
Besonders erschauern ist die Tatsache, daß Schneidewind be-
schäftigt in den 9 Monaten im Vorstand mitgearbeitet hat, ja oft-
mals hat sogar seine Stimme dem Reichstag gegeben, daß die
Beschäftigten der Reichsämter nicht zugelassen werden.

Dieser berüchtigte Schneidewind ist auch für die jetzige Vor-
standsliste, welche schon am 14. Januar ausgeschrieben ist, auf
der kommunistischen Liste aufgeführt, zu welcher bis zum 2. Fe-
bruar 1928 die Reichsämter eingereicht sein mußten, aber am
8. Februar 1928 ist Schneidewind durch das Reichsernährungsamt
wieder zur U. D. R. gemeldet. Also ein neuer Verzug sollte vor-
genommen werden. Diesen Mangel an der kommunistischen
Vorstandsliste hat der Wahlleiter Kleinmann aber auch nicht be-
merkt, Schneidewind hat nämlich mit ganz Wohl getrieben, so
daß Klempner von unferne seine Absichten durchschauen konnte.

Diese Einzelheiten haben die Reichsämter der christlichen Gewerks-
chaften aufgedeckt und Anzeige bei der Reichsämterbehörde er-
halten. Sie werden nichts unterlassen, um die zum Himmel hoch
fliegenden Hände zu befeigen, und den kommunistischen Korrup-

Schlagende Folge, am 8. Februar, antwortete Brand im fran-
zösischen Senat seinen deutschen Kollegen in einer feinen Blumen-
sprache, obwohl sich dieser gerade aufgeben hat, deren
Wortlaut in Deutschland nur im Auszuge bekannt geworden ist.





